

Medienmitteilung

Verantwortlich : Eva Fernandez
E-Mail : eva.fernandez@swissonline.ch

Bern, 11. März 2007

Einheitskasse: Diskussion nicht verstanden

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Projekt einer sozialen Einheitskrankenkasse massiv verworfen.

Die PdAS hatte mehr als 30'000 Unterschriften für diese Initiative gesammelt und bedauert diesen Entscheid. Sie bereitet sich nun leider auf neue Kämpfe vor, zum Erhalt des garantierten Zugangs zu medizinischer Versorgung für alle.

Die Arroganz der Gegner, die unverhältnismässig eingesetzten finanziellen Mittel, die sie zur Bekämpfung dieses sozialen Projekts eingesetzt haben, zeigen, dass die Gegnerschaft bei den Versicherern und in den Rechtsparteien verankert war.

Das Ziel der Initiative, die Grundversicherung aus den Händen der Privatversicherer zu nehmen, wurde nicht wahrgenommen. Die Versicherer haben auf die Angst vor Prämien erhöhungen bei einigen Bevölkerungskategorien spekuliert, obwohl die Initiative aus zwei grossen Grundsätzen bestand: die Sozialisierung der Krankenkasse und die Abhängigkeit der Prämien von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Versicherten.

Die Wahl des Stimmvolkes könnte die neoliberalen Vertreter der maximalen Privatisierung dieses Bereiches stärken, die Arztwahl, sowie den Leistungskatalog in Frage stellen. Das Ziel dieser Kreise ist es, die Reichweite des Versicherungsobligatoriums zu vermindern, um die rentablen privaten Zusatzversicherungen zu bevorzugen, deren Zweck in erster Linie der Profit ist, und nicht etwa das allgemeine Wohlbefinden der Bevölkerung.

Die PdAS begrüsst die Annahme der Initiative in den Kantonen Jura und Neuenburg, wo die Aktivistinnen der PdA für diese Sache exzellente Arbeit geleistet haben. Die Partei wird hartnäckig bleiben und bereits jetzt verlangen, dass die Möglichkeit angestrebt wird, den Kantonen, die dies wollen, auf ihrem Gebiet die Schaffung kantonaler Einheitskassen zu erlauben.

Eva Fernandez, Präsidentin der PdAS, Tel. 032 913 43 82